

# Bauern gesellen sich an die Seite der Juso

Volksabstimmung Jungsozialisten wollen Spekulationen mit Nahrungsmitteln verbieten - Sukkurs gibts aus allen Lagern

VON DENNIS BÜHLER

Noch steht sie im Schatten der Abstimmung über einen zweiten Gotthardtunnel und jener über die Durchsetzungsinitiative: Doch am 28. Februar haben Frau und Herr Schweizer auch über eine Initiative der Jungsozialisten (Juso) zu befinden, die Spekulation mit Nahrungsmitteln verbieten möchte. Wird diese angenommen, dürfen Unternehmen aus der Schweiz heraus nicht mehr auf steigende oder fallende Rohstoffpreise wetten. Das Vorhaben geniesst beim Bauernstand Sympathien - doch Zweifel an der Umsetzbarkeit bleiben.

«Die Initiative hat einen guten Kern», sagt Bauernverbandspräsident Markus Ritter. «Verfolgen Spekulanten einzig das Ziel, möglichst hohe Gewinne zu erzielen, kann dies die Nahrungsmittelpreise in die Höhe treiben - was bei Dürren und Lebensmittelknappheit für die Ärmsten dieser Erde verheerend ist.» Unternehmen, die mit Rohstoffen handeln, seien jedoch weltweit tätig, gibt der CVP-Nationalrat zu bedenken, und daher nicht an die Schweiz gebunden. Sprich: «Das Problem ist zu gross, als dass wir es alleine lösen könnten.»

## Internationale Standards gefordert

Wie beim Automatischen Informationsaustausch bei den Banken müsse das Problem der Nahrungsmittelspekulation international gelöst werden, kommentiert Ritter. Die Schweiz solle sich dafür einsetzen, dass weltweit Standards eingeführt werden.

Dass etwas unternommen werden muss, ist für den obersten Bauer allerdings klar: «Die ethische Frage bereitet auch mir Sorgen. Weltweit verhungern Jahr für Jahr Millionen Menschen, und wir schauen einfach zu ...»

Bei einer Umfrage des Vereins Fokus Landwirtschaft sprachen sich im ver-



Über die Nahrungsmittelspekulation-Initiative der Juso wird am 28. Februar abgestimmt.

STÉPHANE MAHÉ/REUTERS

gangenen Jahr denn auch 73 Prozent der befragten 420 Landwirte für die Vorlage aus. Im Parlament aber stimmte mit der Baselbieter Grünen-Nationalrätin Maya Graf bloss eine einzige Bauernvertreterin für die Initiative. Ritter enthielt sich damals seiner Stimme - wie auch Erich von Siebenthal. Einige Monate später spricht sich der Berner SVP-Nationalrat im Gespräch mit der

«Nordwestschweiz» jetzt aber dezidiert für das Begehren aus: «Es ist moralisch bedenklich, wenn man sich an Nahrungsmitteln bereichert, während gleichzeitig so viele Menschen zu wenig zu essen haben», sagt der Bergbauer und Betriebsleiter einer Bergbahn. Auch wenn die Umsetzung schwierig werde und die Schweiz auf dem Weltmarkt ein kleines Landwirtschaftsland

sei, stelle ein Ja zur Initiative ein starkes Signal dar, so von Siebenthal.

## Berührungängste mit den Juso?

Während sich der Schweizerische Bauernverband zurückhält, werden sich kommende Woche bei einer Pressekonzferenz gleich mehrere kleinere Landwirtschaftsverbände für die Initiative starkmachen: von der Agrar-

allianz über die Kleinbauernvereinigung und Biosuisse bis zur Bauerngewerkschaft Uniterre. «Das Argument des Bauernverbandes, die Schweiz sei zu klein für eine Regelung, ist scheinheilig», sagt beispielsweise Regina Fuhrer, SP-Grossrätin im Kanton Bern und Präsidentin der Kleinbauernvereinigung. «Zählte dieses Argument, müsste man überhaupt nichts mehr unternehmen.» Die Schweiz sei nicht nur klein, sondern auch eines der reichsten Länder der Welt. «Damit gehen gesellschaftliche und ethische Verantwortung einher.»

**«Es ist moralisch bedenklich, wenn man sich an Nahrungsmitteln bereichert, während so viele Menschen zu wenig zu essen haben.»**

Erich von Siebenthal Nationalrat (SVP/BE)

Der Schweizerische Bauernverband habe sich nicht zur Ja-Parole durchringen können, weil seine Führungsriege Berührungängste mit dem Absender der Initiative hätten, glaubt Fuhrer. Ein Verdacht, den auch die grüne Nationalrätin Maya Graf hegt. Schon im Parlament hätten zahlreiche Bauernvertreter ihre Sympathie für die Vorlage hinter die Parteiräson gestellt, sagt sie. «Für eine Initiative der Juso zu stimmen, schien ihnen politisch nicht opportun.» Egal ist dies nun SVP-Nationalrat von Siebenthal: «Wenn ich von einer Sache überzeugt bin, spielt es für mich keine Rolle, aus welcher Küche sie stammt. Selbst wenn es die Juso ist, mit der ich sonst nichts gemein habe.»

Ein Dossier mit Artikeln zur Abstimmung vom 28. Februar finden Sie online.

# Atomkraftwerke laufen ohne Beschränkung weiter

**Energiestrategie** Die Umweltkommission des Nationalrats will zwar den Neubau von neuen AKWs verbieten. Die alten sollen jedoch ohne verbindliches Ausstiegskonzept weiterlaufen dürfen.

VON ANNA WANNER

«Angriff auf das Herz der Energiewende abgewehrt.» Mit diesem Titel verschickte die SP gestern eine Medienmitteilung. Die Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie (Urek) des Nationalrats hatte soeben die zweite Beratung der Energiestrategie hinter sich gebracht. Dabei ist das befürchtete Fiasko ausgeblieben. Zwar stellen seit den Wahlen SVP und FDP eine Mehrheit im Nationalrat, nicht aber in der Urek. So wurde der Antrag vom Berner FDP-Nationalrat Christian Wasserfallen, das Technologieverbot wieder aus dem Gesetz zu streichen, abgeschmettert. Die Ratslinke befürchtete, damit würde das Neubauverbot für AKWs verwässert.

## Die Folgen des Rechtsrutschs

Trotz des Etappensiegs zeigte sich gestern, dass der Wind seit den Wahlen gekehrt hat. Zusammen mit einzelnen CVP-Mitgliedern fanden FDP und SVP zu einer Mehrheit in der Kommission und verpassten der Linken einen grossen Dämpfer: Mit 14:9 Stimmen entschied die Urek, dass auf eine Laufzeitbeschränkung für bestehende AKWs zu verzichten sei. Auch ein Langzeitbetriebskonzept, das die Sicherheit der Kraftwerke besser

hätte gewährleisten sollen, lehnte die Kommission mit 14:11 Stimmen ab. Dies zum Ärger der Grünen, die nun an ihrer Atomausstieginitiative festhalten.

Auch Mittepolitiker wie der Solothurner CVP-Nationalrat Stefan Müller-Altermatt und der Berner BDP-Nationalrat Hans Grunder bedauern, dass sich die Kommission unentschieden hat. Noch in alter Konstellation befürwortete der Nationalrat einen geregelten Ausstieg aus der Atomkraft. Es sei zwar positiv, dass nun keine neuen AKWs gebaut werden dürfen, sagt Müller-Altermatt. «Doch heisst das eben umgekehrt auch, dass die alten länger laufen werden.» Und gerade deshalb wäre ein Betriebskonzept wichtig gewesen.

Auch das Eidgenössische Nuklearsicherheitsinspektorat (Ensi) hatte ein solches verlangt, um Sicherheitsvorgaben besser durchsetzen zu können. Der Basler SP-Nationalrat Beat Jans erklärt den Vorteil so: Heute könne das Ensi zwar sagen: «Jetzt ist ein AKW nicht mehr sicher, es muss abgeschaltet werden.» Man habe aber verhindern wollen, dass es je so weit kommt. Ein AKW dürfe nie «unsicher» sein.

## Versprechen der Bundesrätin

Mit ein Grund, wieso das Langzeitbetriebskonzept abgelehnt wurde, ist indes ein Versprechen von Bundesrätin Doris Leuthard. Sie will das Konzept bis im Sommer auf Verordnungs- statt auf Gesetzesebene einführen. So werden der Energiestrategie mehr und mehr

Zähne gezogen. Hans Grunder sieht das positiv: Ein Referendum sei unwahrscheinlich. Das ist aber auch einer Ausweitung der Subventionen zu verdanken. Wasserfallen wiederum nennt die Vorlage einen «Flickentepich». So sollen zum Beispiel nicht nur neue erneuerbare Energien, sondern auch die Grosswasserkraft Subventionen erhalten. Wasserfallen sagt, das sei eine «Zweckentfremdung», das Geld gehe so an bereits bestehende Kraftwerke. Er kommt zum Schluss: «Der einzige Kitt, der die Energiestrategie noch zusammenhält, ist die Verteilung der Subventionen.»

Daran wird sich voraussichtlich nichts mehr gross ändern. Nimmt der Nationalrat im Frühling die Änderungen der Urek an, bestehen nur noch wenige Differenzen, die der Ständerat bis im Sommer bereinigen kann.

## BEVÖLKERUNGS-UMFRAGE

### AKW als grösste Gefahr

Atomkraftwerke werden von der Bevölkerung nach wie vor als grösste Gefahr für Mensch und Umwelt wahrgenommen, wenn auch in etwas geringerem Mass als kurz nach Fukushima. Hatten anderthalb Monate nach der Atomkatastrophe von 2011 noch 47 Prozent der Bevölkerung AKW als sehr gefährlich erachtet, so waren es 2015 noch 40 Prozent, wie die gestern veröffentlichte Umfrage des Bundesamtes für Statistik zeigt. (SDA)

## Bundesamt für Umwelt

### Bundesanwalt klagt gegen sechs Personen

Sechs Personen müssen sich wegen des Korruptionsskandals beim Bundesamt für Umwelt (Bafu) vor dem Bundesstrafgericht in Bellinzona verantworten. Bekannt geworden war dieser 2010. Zum Abschluss der Untersuchung gab die Bundesanwaltschaft (BA) gestern bekannt, unter den Angeklagten befinde sich auch ein ehemaliger Bafu-Sektionschef.

Ein weiterer Hauptangeklagter ist ein ehemaliger externer IT-Projektleiter. Laut BA liess er sich von IT-Firmen Geld bezahlen - und sorgte im Gegenzug dafür, dass das Bafu mit diesen Dienstleistungsverträgen abschloss. Die unrechtmässigen Provisionszahlungen belaufen sich auf 118 000 Franken.

Zudem soll besagter Projektleiter für das Bafu Softwarelizenzen und IT-Leistungen von einer halben Million Franken von einer Firma beschafft haben, die er kontrollierte. Dabei soll ihm ein damaliges Bafu-Kader geholfen haben. Dieser Sektionschef erhielt im Gegenzug Bargeld, Reisen und Geräte über mehrere zehntausend Franken. Den Schaden zulasten des Bafu beziffert die Bundesanwaltschaft insgesamt auf über eine halbe Million Franken.

Dass die Ermittlungen sechs Jahre dauerten, nennt die BA auf Nachfrage zwar «tendenziell eher lang». Weil die Anzeige jedoch von der Finanzkontrolle kam, sei diese weniger substanziell ausgefallen als in anderen Fällen. Und wegen Kollisionsgefahr hätten nicht einfach Büros durchsucht werden können.

Den Hauptangeklagten drohen mehrjährige Gefängnisstrafen wegen Bestechung, ungetreuer Amtsführung und Urkundenfälschung. Ein weiterer Beschuldigter - ein Geschäftsführer einer Firma, der den Bafu-Projektleiter bestochen hatte - wurde im Sommer bereits zu 21 600 Franken Busse verurteilt. (SDA/NCH)

## NACHRICHTEN

### LAUSANNE

#### Nun zwitschern auch die Bundesrichter

Für Bürger und Parlamentarier ist es längst Alltag. Bundesräte twitern ebenso. Und nun die dritte Gewalt: Unter @bger\_CH will das Bundesgericht Termine von Beratungen und Urteile verbreiten. Mehr als diese Absicht stand gestern auch nicht auf dem Account. (NCH)

### SVP-FRAUEN

#### Romandes gegen Auflösung

Die Stimme der Frauen der SVP müsse in der Mutterpartei gehört werden. Daher ist die Vereinigung der SVP-Frauen in der Westschweiz dagegen, die SVP-Frauenorganisation aufzulösen. (SDA)

## INSERAT

**«Ein Spekulationsverbot verbessert den Zugang zu Nahrungsmitteln in Entwicklungsländern nicht.»**

Beat Flach,  
Nationalrat  
GLP, AG



**JUSO  
NEIN**

28.2.: Nein zur JUSO-Spekulationsinitiative